

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner-Druckerei: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher-Gemeinschaft: 25 241.  
Kurz für Adressen: 20 011.

Bezugs-Gebühr  
Anzeigen-Preise.

Schließung und Hauptgeschäftsstelle:  
Markstraße 38/40.

Druck u. Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden.  
Vertriebs-Roma 19 396 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schiffschiffe werden nicht aufgeführt.

**Personen- u. Lasten-Aufzüge**  
festlicher Bauart

**Kühnscherf-Aufzüge**  
**Aug. Kühnscherf & Söhne**

Seit mehr als einem halben Jahrhundert bewährt.  
Spezialfabrik für Aufzüge.  
**DRESDEN**  
Gr. Plauensche Str. 20

## Inkrafttreten des Friedensvertrages am 25. Oktober.

### Die Rechtsgültigkeit des Friedensvertrages.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)  
Genf, 8. Okt. Ganas meldet: Nach einem Beschluß des Rates der Alliierten tritt die Rechtsgültigkeit des Friedensvertrages mit Deutschland am 25. Oktober ein. Die erforderlichen Ratifikationen werden bis dahin vorgelegt vorliegen.

### Die allgemeinen Neuwahlen in Frankreich.

Verailles, 8. Okt. Der Präsident hat beschlossen, einen Unteranspruch einzulegen, der zur Ausführung des Friedensvertrages die notwendigen Vorbereitungen zur Bildung des Wiederwahlkommissionen-Ausschusses vornehmen soll. — Der Ministerrat beschloß, der Kammer einen Gesetzesentwurf zu unterbreiten, durch den die gesetzgebende Gewalt der Kammer am 7. Dezember zu Ende geht. Die Neuwahlen für die Kammer, für die Municipalräte, für die General- und Arrondissementräte und für den Senat sollen in der Nacht vom 11. November bis 1. Januar stattfinden. Die Wahl des Präsidenten der Republik wird am 2. Februar stattfinden. (W. Z. B.)

### Wilson tot?

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)  
Lugano, 8. Okt. „Secolo“ meldet den Tod des Präsidenten Wilson.  
Wir geben diese Nachricht nur mit allem Vorbehalt wieder. Während die italienische Presse als erste die Erkrankung Wilsons als eine geistige bezeichnet und über die Schwere des Falles keinen Zweifel ließ, stellen amerikanische Blätter den Zustand des Präsidenten als eine Nervenerregung dar, die bereits eine harte Besserung zeigt.

### Völkerbund und Saarfrage.

Amsterdam, 7. Oktober. Dem Freibureau Radio zufolge meldet die Associated Press, daß Oberst Dowie mitteilte, Präsident Wilson werde nach Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland eine in Paris abzuhaltende Zusammenkunft des Industriekongresses des Völkerbundes einberufen. Diese Zusammenkunft werde sich nur mit den auf das Saarbecken bezüglichen Fragen befassen. (W. Z. B.)

### Serbien will Fiume zurückerobern.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)  
Lugano, 8. Okt. Aus Mailand wird gemeldet, daß Serbien gewillt ist, die Fiuma der Fiumefrage im Sinne der italienischen Sozialisten mit Waffengewalt zu verhindern. Serbien habe die Entente um das Mandat ersucht, Fiume säubern zu dürfen.

### D'Annunzio an die Bewohner Kroatiens.

Wien, 7. Okt. Nach einer Meldung des Salzburger Korrespondenz-Bureaus veröffentlicht das Fiumer Blatt „Popolo“ einen Aufruf D'Annunzios an die Bewohner Kroatiens, in dem ausgeführt wird, daß sowohl die Kroaten, als auch die Italiener die Opfer internationaler jüdischer Spekulationen seien, die einen Bruch zwischen diesen Völkern herbeiführen trachten. Der Aufruf schließt mit dem Aufruf: „Hoch das italienische Fiume! Hoch die italienisch-slowakische Einheit!“ (W. Z. B.)

### Die neue rumänische Kabinettsliste.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)  
Jassy, 8. Okt. Die politische Lage ist trotz der Ernennung eines neuen Ministeriums geradezu verworren. Die Krise ist akut, eine Lösung schwer zu finden. Der Schwerpunkt liegt darin, daß Bratianu und die Liberalen momentan unbedingt nicht das Heft aus der Hand geben wollen. Die Opposition, die Bratianu durch seine Demission verstoßen wollte, verharret auf ihrem intransigenten Standpunkte. Die Oppositionsführer sind Tafe Jonescu, der sich bei seinem achtmonatigen Aufenthalt in London und Paris viel Anhänger erworben hat, ferner der General Averescu, der eine Volkspartei gründete, endlich Baron Stouza.

### Die Räumung des Baltikums.

Zur beschleunigten Räumung des Baltikums erfährt die „Deutsche Allg. Ztg.“, daß General v. D. Goltz auf die Truppen durchaus in dem Sinne der Befehle der Reichswehrministerie wirke. Der besonnene Teil der Truppen und gerade diejenigen Formationen, die sich am tüchtigsten bewährten, seien zur Heimkehr geneigt.

Berlin, 8. Okt. Wie der „Neuen Berliner Ztg.“ mitgeteilt wird, beabsichtigt die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung, der Regierung vorzuschlagen, eine parlamentarische Kommission zur Ratifizierung der Botschaft in Baltikum einzusetzen.

### Der Sieg der englischen Regierung.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)  
Rotterdam, 8. Okt. Unser Berichterstatter hatte gestern abend Gelegenheit, einige englische Kaufleute, die, wie viele ihrer Landsleute, hierher gekommen sind, um unser Land auszusuchen, über ihre persönlichen Eindrücke in England während des Streiks zu befragen. Wenn auch das, was sie zu sagen mußten, für den, der mit offenen Augen die Ereignisse in England verfolgt hat, nicht viel Neues bietet, so dürften doch ihre Aussagen insofern von besonderem Interesse sein, weil sie von Seiten kommen, die drüben die Verhältnisse richtig beurteilen können.

„Der Streik“, so führten sie aus, war unter dem Vorwand eines industriellen Streiks inszeniert worden. Aber der Zweck war ein rein politischer. Es war ein Versuch der revolutionären Elemente in der Arbeiterklasse, die politische Macht in die Hände zu bringen, und zwar durch die sogenannte direkte Aktion. Und was war das Resultat? Die revolutionären Elemente mußten kapitulieren, denn sie haben nichts erreicht, als was ihnen die Regierung vorher angeboten hatte. Die rechtstehende Presse in England spricht von einem Kompromiß, und das selbe sagen die gemäßigten Organe der Linken. Das ist Wortklauberei. In Wirklichkeit hat Lloyd George gesiegt. Und warum? Nicht wegen seiner beinahe sprichwörtlich gewordenen Geschicklichkeit, solche Streikfragen beizulegen, sondern weil er die öffentliche Meinung auf seiner Seite hatte. Darum konnte er bestehen und gewinnen. Die öffentliche Meinung, also das Gros des Landes, erkannte, daß eine verhältnismäßig geringe Anzahl ihre Ziele erreichen wollte, ohne Rücksicht auf die Nachteile, die dem Volke als Ganzem daraus erwachsen müßten, und sie entschloß sich, den Kampf aufzunehmen, so es, was es wollte. Das war Lloyd Georges Stärke und die Stärke und das war die Rettung Englands. Der Versuch der revolutionären Elemente scheiterte. Woran diejenigen, die England kannten, nicht gewarnt hätten, war der Umstand, daß die Vernunft und das politische Verständnis der Mehrheit der Nation im Augenblick der Gefahr, die ohne Frage hier vorhanden war, nicht verfehlte!

In Deutschland war es anders, als die Kritik kam. „Man hat mir erzählt“, so sagte einer der Herren weiter, „daß, als im November der Sturm in Berlin losbrach, die Leute mit gefalteten Händen aufhoben, wie ein paar tauende Mann mit Maschinengewehren durch die Straßen liefen, und am Abend ging man in die Kneipe und trank Sekt. Das ist der Unterschied. Für ein politisch reifes Volk ist es einerlei, wer an seiner Spitze steht: ein Anführer in glänzender Rüstung oder ein gemäßigter Herr in der Abendrobe. Aber ein politisch unreifes Volk braucht eine Regierung, die die Gewalt nicht scheut. Ein Volk hat nicht immer die Regierung, die es verdient; es braucht aber keine Regierung, die es nicht liebt!“

Je bitterer die Wahrheit, desto wahrer ist sie, sagt ein chinesisches Sprichwort.

### Immer neue Streiks.

Rüdnitzberg i. Pr., 7. Oktober. Wegen Lohnforderungen sind vormittags die Arbeiter des Elektrizitätswerkes in den Ausstand getreten. Die Straßenbahn verkehrt nicht. Ferner treten die Transportarbeiter in den Ausstand, ebenso die in der Binnen-Schiffahrt beschäftigten Schiffsführer, Geläuer, Matrosen und Matrosen. Ueber seine gesamte Binnen-Schiffahrt litt siegt. (W. Z. B.)

Stettin, 8. Okt. Die Angestellten der Straßenbahngesellschaft sind, nachdem sich die Verhandlungen wegen ihrer Lohnforderungen mit der Direktion verzögert haben, heute früh in den Ausstand getreten. Der Betrieb ruht vollständig.

### Ein Mordanschlag auf den Unabhängigen Ganse.

Berlin, 8. Okt. Wenige Minuten nach 1 Uhr gab heute vor dem Reichstagsgebäude ein Revolver Schuß auf den das Gebäude betreffenden Abgeordneten Ganse ab. Ganse ist am Unterleib, Oberarm und Unterarm getroffen worden. Der Täter wurde von der Polizei verhaftet und in das Reichstagsgebäude gebracht. Ueber seine Verantwortlichkeit steht noch nichts fest, außer daß es sich um einen Oesterreicher handelt. (W. Z. B.)

### Die Notwendigkeit der Akkordarbeit.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)  
München, 8. Okt. In den Betriebswerkstätten der bayerischen Staatsbahnen haben Abkündigungen über die Wiedereinführung der Akkordarbeit begonnen. Bislang lauten fast alle Abkündigungen gegen die Akkordbezahlung. Der Bayerische Industriellenverein erklärt in mehreren Beschlüssen die Wiedereinführung des Akkordsystems in der Industrie als Voraussetzung für eine Konkurrenzfähigkeit der deutschen Fabrikate auf dem internationalen Markt. Es soll ein gemeinsamer Schritt aller deutschen Industriellenverbände für die Akkordarbeit herbeigeführt werden.

### Das Prekredo der Kanzlerrede.

Der Reichskanzler Bauer hat eine gründlich schlechte Presse; nicht einmal seine eigentliche Verteidigung ist imstande, ihn herauszureißen, da sein Auftreten gar zu kläglich war.

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ beschränkt sich auf den resignierten Seufzer: „Die Opposition von rechts sowohl wie von links wird nicht verfehlen, auch an diesem Programm eine Kritik zu üben; aber man sollte meinen, daß in diesem ein Programm, wie es und die Worte des Kanzlers matten, inhaltlich und sachlich so aufgebaut ist, daß ein ganzes Volk sich an seinen Inhalt einen könnte.“

Die „Kreuz-Ztg.“ schreibt: „Es erscheint geradezu wie eine Tempelstörung, wenn man daran denkt, daß hier einst ein Bismarck sprach. Schon die Vere der Dankes zeigt an, was dieser „Reichskanzler“ bedeutet. Er verliest eine Erklärung; er liest ganz gut und richtig, wie man nachprüfen kann. Denn die Erklärung ist schon vorher angegeben. Der neue Reichskanzler darf auch gar nicht frei sprechen, selbst wenn er es könnte und möchte. Der geheime Oberbaurat läßt diesen hilflosen Kanzlerertrag nur mit gebundener Marschroute auf die Tribüne.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Herr Bauer verlas wie üblich seine Rede mit mehrfach fallischer Betonung, — und der hervorragendste, daß er selbst viel leicht nicht allzu viel „Schuld“ an dieser Rede hatte — vom Konzept. Sie war also Wort für Wort vorbereitet und wohlüberdacht. Aus seinen sachlichen Ausführungen, die mager genug waren, ist eigentlich das einzige Interessante, das hier die hohe Reichsregierung zum ersten Male öffentlich bekannt hat, daß die Neuwahlen zum Reichsparlament nicht vor dem nächsten Frühjahr stattfinden können. Der Grund ist natürlich die schlotternde Angst der jetzigen Mehrheitsparteien vor der Abrechnung mit dem Volke, oder, wie Graf Posadowski sehr richtig sagte, ihre Furcht vor dem freieren Wahlrecht der Welt, welches dem deutschen Volke gegeben zu haben die heutige Nachhabe sich brühen.“

Die „Deutsche Zeitung“ meint kurz und bündig: „Ueber die Rede des Genossen Bauer wäre unendlich viel oder ist nur ganz wenig zu sagen. Es ist traurig, tieftraurig, daß sie gehalten werden kann und daß sie gehalten wird. Damit ist alles gesagt.“

Die „Tägliche Rundschau“ erklärt: „Wenn früher Scheidemann lebte, so möchte man noch sein „Gut geküßt, Bauer!“ rufen, auch wenn man wußte, daß unter der Fäulnis nur Kette, der Schreiner, hat. Aber das Gedächtnis war eint. Wenn Herr Bauer, der ja im übrigen einen viel sympathischeren Eindruck macht, als sein Vorgänger, vom dem „Festlich nationaler Zusammenkunft“ (sic!) spricht, ergreift einen nur unendliche Traurigkeit. Wie sieht es doch diesem braven ohrenschmerzlichen Abgeordneten aus! Keinerlei Mensch! Nicht einmal so ein vaterländisches Kraftwort ist Verfall aus.“

Der „Vokal-Ausleger“ urteilt: „Früher, ja früher pflegte das ein großer Tag zu sein, wenn der Reichskanzler zur zweiten Sitzung seines Staats das Wort ergreift. Unter Bülow, unter Bethmann, sogar noch unter Hertling, Gethern? Es gehörte wohl mehr als Vorkommnisse, die für die neue deutsche demokratische Republik dazu, den kritischen Tag als ein Ereignis anzusehen zu wollen. In der frühesten Hofloge saßen sich zwei Leute in großer Uniform herum, die Dispositionen war so gut wie leer, die sonst bei solchen Gelegenheiten zum Vorkommen volle Journalistentribüne war leiblich gut besetzt, ebenso das Haus selbst. Und die Stimmung? Zitternde Erwartung? Elektrizitätsüberladene Luft? Unruhige Spannung? Ach nein, mein Gott nicht! Die Mehrheit spendet allmählich dünnen Beifall, die Rechte läßt ein wenig, worauf sich der Beifall etwas verstärkt — und die erste Glanzrede des ersten republikanischen Reichskanzlers ist vorüber.“

Auch das „B. Z.“ hat seine rechte Freude: „Die Grundzüge sind gut. Worauf es ankommt, ist die Verwirklichung. Nicht die schönen Worte und Leitgedanken, sondern die Taten sind das, wonach schließlich eine Regierung beurteilt wird. Man muß das immer wieder sagen, wenn man auch weiß, daß es nicht mehr den Reiz der Neuheit besitzt.“

Sogar der „Vorwärts“ bleibt nicht bis ans Vergessen: „Bauer, der das Programm der Regierung entwickelte, hat in seiner Weise die Klären der Staatsmänner des alten Regimes angenommen. Er ist der Gewerkschaftler geblieben ohne Geißel und Volk. Mann der Arbeiter und der Arbeit. So wie er jetzt spricht, hätte er ungeführt auch auf einem Gewerkschaftskongress sprechen können, wo man es vor dem verstanden hat, daß man aus Begeisterung für eine große Sache auch — sachlich sein kann.“

Alles in allem: eine fürchterliche, vernichtende Abfuhr!

### Der Eindruck in Oesterreich.

Wien, 8. Okt. Das vom Reichskanzler Bauer gestern entworfene Regierungsprogramm findet in der biesigen Presse lebhaftes Echo und in allen Punkten volle Zustimmung. Besonders anerkannt wird das kraftvolle und mutige Auftreten, mit dem der Reichskanzler entschlossen den Kampf gegen alles, ob rechts oder links, aufnimmt, was den Wiederaufbau Deutschlands gefährden könnte. Die Mehrzahl der Blätter sieht dabei den Vergleich zwischen den Verhältnissen in Deutschland und